

kampagne für demokratie und abrüstung – ostermarsch



Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon (06 11) 88 60 51/52

Postscheckkonto
Frankfurt (M) 62 55

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740 633

Aufruf zu Osterdemonstrationen 1969

im Januar 1969

Sehr geehrte Damen und Herren !
Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde !

Wir geben Ihnen heute eine politische Erklärung der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, mit der diese zur Vorbereitung von Aktionen und Demonstrationen am Wochenende vor Ostern, dem 29./30. März 1969, aufruft. Wir bitten Sie, den politischen Inhalt dieser Erklärung zu überprüfen, zu diskutieren und uns Ihre Stellungnahme dazu mitzuteilen. Ihre Zuschrift oder Unterschrift ist für uns auch dann wichtig, wenn Sie dem Text ohne Einwände zustimmen.

Wir sind uns klar darüber, daß die Erklärung manche Wünsche nach weitergehender Kritik und Erklärung der bestehenden Verhältnisse nicht befriedigt. Eine Sammelbewegung wie die Kampagne für Demokratie und Abrüstung muß sich aber darauf beschränken, den gemeinsamen Bestand konkreter, kritischer und zugleich alternativer Aussagen zur herrschenden Politik zu artikulieren und durch Aktionen in die Öffentlichkeit zu bringen, ohne deshalb die bestehenden Differenzen innerhalb der Opposition zu verdecken und weiterreichende Vorstellungen an ihrer Entfaltung zu hindern. Diese relativ bescheidene und begrenzte Aufgabe scheint uns gerade in der gegenwärtigen Situation notwendig zu sein, da in der Öffentlichkeit systematisch die Vorstellung verbreitet wird, die demokratische Opposition sei nicht mehr imstande, in konkreten und aktuellen Fragen eine Alternative zu formulieren.

Es versteht sich im übrigen, daß die vorliegende Erklärung nur einen Rahmen politischer Argumentation abgibt, innerhalb dessen dann durch Informationsmaterialien zu einzelnen Themen, durch Diskussionen, Aktionen, Flugblätter, Referate usw. detaillierter und anschaulicher argumentiert werden muß. Überlegen Sie bitte auch, ob Sie hierbei mitarbeiten können.

Mit freundlichen Grüßen !

Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch

gez.: Dr. Andreas Buro

gez.: Dr. Arno Klönne

gez.: Klaus Vack

Kuratorium: Wolfgang Abendroth, Frank Allaun, Ernst Bloch, Hewig Bohn, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechthelm, Christian Gelsler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Mansteln, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

Aufruf zu Osterdemonstrationen 1969

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung ruft die demokratische Opposition auf zu gemeinsamen Aktionen und Demonstrationen am Wochenende vor Ostern, dem 29./30. März 1969.

Die weltpolitische Situation ist gekennzeichnet durch Konflikte, die den Zündstoff weiterer Katastrophen in sich tragen. Das gilt noch immer für den Krieg der USA in Vietnam und es gilt darüber hinaus für alle diejenigen Teile der Welt, in denen Not und Unterentwicklung fort dauern, während zur gleichen Zeit riesige wirtschaftliche Kapazitäten im Rüstungswettlauf vergeudet werden. In Europa schaffen neue politische Spannungen und die Rückkehr zum sterilen Denken der blockpolitischen Konfrontation gefährliche Unsicherheit. Im Interesse der Sicherheit der europäischen Völker, im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts in Ost und West und im Interesse einer solidarischen Hilfe für die Dritte Welt ist eine entschiedene Änderung der europäischen Politik kategorisch zu fordern. Diese Forderung richtet sich an alle Staaten, deren Politik die europäischen Verhältnisse beeinflußt; bei der Bundesrepublik liegt jedoch eine besondere Verantwortung für die Ermöglichung einer europäischen Friedensordnung.

I.

In Deutschland schien nach dem Ende der NS-Diktatur unbestritten, daß der Aufbau der Demokratie und die Entwicklung einer Friedenspolitik die entschiedene Abkehr von jenen Kräften und Tendenzen zur Voraussetzung haben, die einst dem Faschismus in Deutschland zur Macht verholfen hatten. Konkret hieß das damals: Abkehr von militanter Großmachtpolitik, Abkehr von der antikommunistischen Kreuzzugsideologie, Entmachtung der Konzerne, die um ihrer Profitinteressen willen Faschismus und Krieg gefördert hatten.

Die tatsächliche politische Entwicklung verlief anders. Im Zuge des Kalten Krieges wurden in der Bundesrepublik die demokratischen und sozialen Intentionen des Grundgesetzes ignoriert, stattdessen wurde die Verfassung an die autoritäre Gesellschaftsstruktur und an die Erfordernisse einer erneuten Machtpolitik angepaßt. Die Bundesrepublik wurde zur stärksten Militärmacht im Westen unseres Kontinents aufgerüstet, die nicht bereit ist, Macht- und Gebietsverluste als Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges hinzunehmen.

Die wichtigsten Stationen dieser Politik waren die Restauration der alten gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die Remilitarisierung, die erneute Einflußnahme der Militärs auf die Politik, die Zurückdrängung des politischen Einflusses der Gewerkschaften, der Wiederaufbau einer auch politisch mächtigen Rüstungsindustrie, das Auftreten neuer faschistischer Gruppierungen und schließlich die Durchsetzung der Notstandsgesetze unter der Regie der Großen Koalition. Nach außen fand diese Politik ihren Ausdruck vor allem in der Obstruktion gegenüber allen Vorschlägen für Disengagement und Abrüstung in Mitteleuropa, im Streben nach atomarer Bewaffnung und nach atomarer Verfügungsgewalt, im Versuch, den Atomwaffensperrvertrag zu torpedieren, in der Unterstützung der Kriegspolitik der USA in Vietnam, in der Unterstützung faschistischer Systeme wie in Griechenland, Spanien und Portugal, im Alleinvertretungsanspruch, in der Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze und schließlich in der Forderung führender Regierungspolitiker, die Bundesrepublik müsse von einer wirtschaftlichen, militärischen und politischen Vormachtstellung in Westeuropa ausgehend den Status quo in Gesamteuropa zu ihren Gunsten verändern. — Die NPD ist deshalb kein isolierter brauner Fleck in einer sonst intakten demokratischen Landschaft. Der Aufstieg der NPD ist eine Folge und zugleich ein Element dieser gesamtpolitischen Entwicklung in unserem Lande. Die NPD erntet, was Regierungspolitiker in Bonn seit Jahren gesät haben.

Diese Entwicklung ist auch im Zusammenhang der politischen Ökonomie unserer Gesellschaft zu sehen. Das innere Gesetz eines Wirtschaftssystems, das nicht demokratischen Entscheidungen, sondern den privaten Interessen weniger unterliegt, treibt auch bei uns dahin, private Profitabsichten über die Rüstungsproduktion zu realisieren und im formierten Rüstungsstaat den Ausweg aus den Schwierigkeiten dieses wirtschaftlichen Systems zu suchen.

Seit Beginn der Großen Koalition beteuert die Bundesregierung, sie betreibe eine Friedenspolitik. Solche Beteuerungen können keinen Glauben finden, solange die Ausrichtung der Regierungspolitik die nach wie vor von der CDU/CSU bestimmt wird, unverändert bleibt. Derzeit nutzen die Vertreter einer neuen westdeutschen Großmachtpolitik die Tatsache, daß die proklamierten Ziele der angeblichen Entspannungspolitik – die in Wahrheit keine war – nicht erreicht wurden und den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR, um in der Bevölkerung nationalistische und militante Ressentiments gegen den Osten zu mobilisieren. Sie sollen innenpolitisch entdemokratisierend wirken, weitere Maßnahmen der gesellschaftlichen Formierung psychologisch vorbereiten und die Konfrontation der Blöcke verhärten. Diese Politik bleibt nicht ohne Folgen auch für die soziale Lage der Bevölkerung. Der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik übersteigt bereits einen Betrag von 20 Milliarden DM jährlich, und es ist zu befürchten, daß man nach den Bundestagswahlen 1969 weitere soziale Belastungen zugunsten einer Steigerung der Rüstung durchsetzen will. Die Wahl selbst droht zu einem Akt der Manipulation zu werden, bei dem die wirklichen politischen Probleme verschleiert, die Einsicht in die tatsächliche Rolle des Parlaments heute verhindert und einem weiter verschärften Rechtskurs nach den Wahlen eine Scheinlegitimation verschafft werden soll.

III.

Da die herrschende Politik in der Bundesrepublik progressive innen- und außenpolitische Möglichkeiten blockiert, dazu beiträgt, Entspannung und Friedenssicherung in Europa zu verhindern und sich in eine weltpolitische Front gegen die Emanzipation der Dritten Welt einordnet, liegt es bei der demokratischen Opposition, Alternativen zu dieser Politik zu entwickeln. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung stellt folgende aktuellen Forderungen einer Alternativpolitik für die Bundesrepublik auf:

Fortsetzung nächste Seite

..... Hier abtrennen

An die Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch
Zentraler Ausschuß 605 Offenbach 4, Postfach 648

Meine Stellungnahme zum „Aufruf zu Osterdemonstrationen 1969“:

Name: _____ Beruf, Funktion, Titel o. ä.: _____

Postleitzahl: _____ Ort: _____ Straße: _____

Ich erbitte weitere Exemplare des „Aufruf“ (20 Stück 1,50 DM, 50 Stück 3,50 DM); den Gegenwart lege ich in Briefmarken bei.

Datum _____

_____ (Unterschrift)

- Anerkennung des territorialen Status quo in Europa und Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, um normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu ermöglichen und Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedensregelung in Europa herzustellen;
- Drastische Senkung der Rüstungslasten, Herabsetzung der Wehrdienstzeit als Schritt zur Abschaffung der Wehrpflicht, Einstellung jeder Unterstützung der amerikanischen Kriegspolitik in Vietnam, uneigennützigte Hilfeleistung an die Entwicklungsländer;
- Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag, praktische Maßnahmen zur Errichtung einer atomwaffenfreien, rüstungsverdünnten Zone und zur Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedenskonferenz;
- Offensive politische Auseinandersetzung mit der NPD und mit allen anderen offen oder verdeckt faschistischen Tendenzen, Einstellung jeder Unterstützung für die faschistischen Systeme in Griechenland, Spanien und Portugal;
- Verhinderung jeder Anwendung der Notstandsgesetze, Verhinderung aller Repressalien gegenüber der demokratischen Opposition, Durchsetzung einer konsequenten Mitbestimmung, also der demokratischen Kontrolle in den Betrieben und Verwaltungen, Universitäten und Schulen, auf allen Ebenen der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Dies sind die aktuellen Voraussetzungen in der Bundesrepublik für eine europäische Politik, die an die Stelle der Militärblöcke ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem setzen und innergesellschaftliche Demokratisierung vorantreiben will.

IV.

Diese Forderungen gilt es durchzusetzen gegen eine illusionäre Großmachtspolitik und gegen die Interessen der rüstungsorientierten Konzerne. Dem Prozess der Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Interessen einer politisch-militärischen und rüstungs-wirtschaftlichen Machtelite gilt es den entschiedenen Kampf der Demokraten entgegenzustellen. Die Osteraktionen 1969, zu denen die Kampagne für Demokratie und Abrüstung als parteipolitisch und wahlpolitisch nicht gebundene, unabhängige außerparlamentarische Bewegung aufruft, sind ein Mittel dieser politischen Auseinandersetzung. Die Kampagne fordert dazu auf, in örtlichen und regionalen Ausschüssen mitzuwirken, um diese Aktionen vorzubereiten.

..... Hier abtrennen

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION – INFORMATIONEN FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG

publiziert Nachrichten, Dokumente und Meinungen u. a. zu den Themen Entspannung – Abrüstung – Demokratie – Pressekonzentration – Vietnam – Dritte Welt und unterrichtet über die Aktionen der Kampagne. (Bisher: INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG).

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION wird von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung herausgegeben und erscheint monatlich. Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an, oder bestellen Sie sofort.

Senden Sie mir bitte Probehefte AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION – INFORMATIONEN FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG.

Ich abonniere ab 1. Januar 1969 regelmäßig Exemplare AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION – INFORMATIONEN FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis von 10.– DM für 1969 überweise ich auf Anforderung sofort. (Als Abonnementsjahr gilt das Kalenderjahr; bei Bestellungen während des Jahres, für den Rest des Jahres, sind zu zahlen: ab 1. 4. DM 7.50, ab 1. 7. DM 5.–, ab 1. 10. DM 2.50.)

Vorname

Zuname

Pestleitzahl und Wohnort

Straße und Hausnummer